Erscheint wöchentlich 4 Mal: **Dienstag** und **Freitag früh, Mittwoch** und **Sonnabend Mittag**. Pränumerations=Preis für Einheimische 18 Sgr., mit Botenlohn 19 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post=Anstalten 21 Sgr. 3 Pf.

Insertionen werden bis **Montag** und **Donnerstag Abends** 5 **Uhr, Mittwoch** und **Sonnabend** bis **Vormittags** 10 **Uhr** in der Expedition angenommen, und kostet die einspaltige Corpus=Zeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

№ 128. **Freitag, den 16. August.** 1867

Zur Situation.

Zum Bündniß zwischen Frankreich und Oesterreich. Die „Allg. Ztg" bringt einen Artikel: Eine Stimme aus Deutsch=Oesterreich, dessen Inhalt mir als übereinstimmend mit den intimen Anschauungen vorherrschender und maßgebender Kreise bezeichnet wird, ohne daß sie auf offiziöse Geltung Anspruch hätte. Der Artikel wiederholt eigentlich nur längst Bekanntes, wenn er darauf aufmerksam macht, daß zwischen dem Abschluß einer wirklichen Allianz und der Verständigung über obschwebende Fragen ein großer Unterschied obwalte. Ich selbst hatte wiederholt Gelegenheit, darauf aufmerksam zu machen, daß in hiesigen leitenden Kreisen seit dem Wegfall von Italien die Staatsmänner von Einfluß der Ansicht sind, daß das letzte Hinderniß für eine eingehende und dauernde Verständigung zwischen Frankreich und Oesterreich hinwegefallen sei. Ich kaun hinzufügen, daß Frankreich schon seit Beginn des Jahres 1866 die Allianz Oesterreich in Bezug auf den im Orient als bevorstehend gefürchteten Zusammensturz anstrebt und die sogenannte orientalische Frage nur in der Allianz mit Oesterreich lösen will. Endlich weist der besagte Artikel darauf hin, daß wenn Frankreich Belgien und Holland zu seinen Schutzstaaten erhebe, auch Oesterreich nicht in Bezug auf Eventualitäten gleichgültig sein könnte, welche Deutschland, oder doch den Süden desselben über die Bestimmungen des Prager Friedens hinaus, einer Umgestaltung entgegenführen sollten. So wie ich vernehme, sind also in Salzburg Verständigungen, gewissermaßen Präliminarien für festbestehende Verabredungen, eine wärmere, innigere, persönliche Verständigung der Souveräne Zweck der über die bloße Condolenz hinausgehenden Zusammenkunft. Man will aber nur drohenden Gefahren gegenüber nicht unvorbereitet sein und ich weiß nicht einmal, ob es zuläßig ist, von Stipulationen eines Defensivbündnisses zu sprechen, da die Parole des Freiherrn v. Beust, Friede um jeden Preis, Hintanhaltung jeder positiven Allianz, so lange die innere Reorganisation nicht abgeschlossen ist, dieselbe geblieben zu sein scheint. Staatsmänner von Beruf ändern ihre Anschauungen nicht so plötzlich ohne äußere, maßgebende Ursache, welche für den Laien wenigstens jetzt noch nicht sichtbar ist. Das Gerücht von einem Zusammenziehen eines Armeekorps in Galizien ist ebenfalls unrichtig und die Haupttruppenmacht für jetzt in Ungarn konzentrirt.

— **Ueber die österreichische Politik** schreibt ein officiöser Wiener Correspondent der „Schl. Ztg.", daß sie bis jetzt durchaus nicht preußenfeindlich sei. Er sagt:

„In der That ist die Haltung Oesterreichs in der nordschleswigschen Frage bis jetzt ganz darnach angethan, das preußische Cabinet von der Loyalität der österreichischen Politik zu überzeugen, denn man muß in Berlin darum wissen, daß alle Versuche, welche bis jetzt gemacht worden, Oesterreich zu bewegen, daß es in Betreff des Prager Friedensvertrages Preußen gegenüber auf dem Schein bestehen solle, erfolglos geblieben, und ist selbst eine direkte Eröffnung Dänemarks, die kürzlich hier gemacht worden, ohne jede weitere Consequenz einfach zur Kenntniß genommen worden. Oerreich hat bisher gar nichts gethan, woraus man in Preußen auf eine feindselige Haltung schließen könnte. Hr. v. Beust hat bis jetzt sein Wort, jeder Politik der Wiedervergeltung fern bleiben zu wollen, getreulich gehalten, und selbst was die vielbesprochene Salzburger Monarchenzusammenkunft anbelangt, ist wenigstens so viel klar, daß Napoleon der suchende und besuchende Theil ist. Es wäre kein geringes Verdienst Beusts, wenn es ihm gelänge, trotz dieser Zusammenkunft Oesterreich von einem Engagement fern zu halten, gegen welches sich die öffentliche Meinung so einstimmig ausspricht, und Napoleon nur die Früchte seiner vorjährigen, gegen Oesterreich jedenfalls zweideutigen Politik ernten zu lassen. Daß das Mißtrauen in allen Lagern indessen ein sehr großes ist, läßt sich freilich nicht leugnen, und ist wohl schwer, es einen bloßen Zufall zu nennen, daß gerade in den letzten Tagen, wo Hr. v. Beust seine Canzlei in Gastein aufgeschlagen, auch süddeutsche Staatsmänner, wie Fürst Hohenlohe. Hr. v. Barnbüler, diplomatische und andere Streifzüge in diese Gegend unternommen. Soll sich indessen unser Verhältniß zu Preußen besser gestalten, so wird dieses zunächst auf bessere Beziehungen zwischen uns und Rußland hinarbeiten müssen. Rusland beginnt ein sehr gefährlicher Nachbar zu werden, und die Propaganda treibt jetzt ein so offenes Spiel, daß sie selbst hier in Wien ein in russischer Sprache geschriebenes Organ: „Die Morgenröthe", erscheinen läßt. Am früheshten dürfte es in den Donaufürstenthümern losgehen, und die Judenhetze scheint nur der Vorläufer einer großen Bewegung gewesen zu sein. Die Frage der Trennung beider Fürstenthümer steht wieder auf der Tagesordn ung, und wie zur Zeit des Sturzes Cusas, dürften wir eines Tages von Ereignissen in Bukarest überrascht werder. Ganz harmlos dürfe die Anwesenheit Cusas in unserer Stadt auch nicht sein. Er giebt sich alle Mühe, die Erlanbniß zur Rückkehr zu erlangen, und man will wissen, daß er es auf den Statthalterposten in der Moldau abgesehen habe."

— **Zur Zusammenkunft in Salzburg.** In offiziösen Aeußerungen aus Wien wird mit einer gewissen Absichtlichkeit hervorgehoben, daß die Zusammenkunft allerdings eine politische Bedeutung haben werde, während man von Paris aus dieselbe bisher nur auf das rein persönliche Bedürfniß gemüthlichen Austausches zurückführte. Die Wiener „Presse" bemerkt hiergegen, daß „der Schmerz die Einsamkeit sucht", die Katastrophe in Mexiko also im Grunde sehr wenig mit diesem Besuche Napoleons in Oesterreich zu thun habe. Das angebliche russisch=preußische Bündniß, welches eine höchst bedrohliche offensiv: Beschaffenheit haben soll, wird in diesen Wiener Aeußerungen überall sehr schwarz gezeichnet, nm die Nothwendigkeit darzuthun, ein Gegengewicht in einem französisch=österreichischen Einverständniß hinzustellen, das natürlich vollkommen harmlos, defensiv, lediglich dem Frieden dienend sich gestalten und so die Besorgnisse zerstreuen wird, welche jene angriffslustige nordische Allianz hervorruft. Was Preußen angeht, so ist es gegenüber absichtlicher Gespensterseherei freilich vergeblich, zum hundersten Male darauf hinzuweisen, daß es im Innern alle Hände voll zu thun hat. Wie fern aber Rußland von jeder Kriegs=

Die Versagung der Diäten im Zollparlament.

Die Bestimmung der Diätenlosigkeit auch für das Zollparlament wird Folgen haben, an welche diejenigen, welche die Versagung der Diäten so eifrig betrieben haben, wohl gar nicht gedacht und die sie gewiß nicht gewollt haben. Schon bei der ersten Besprechung des neuen Vertrages in Süddeutschland stellte sich heraus, daß die Schutzzöllner in dieser Bestimmung einen wesentlichen Vorschub für sich erblicken. Durch die Diätenlosigkeit wird die Vertretung der „Interessen" herbeigeführt, die sich selbst darnm kümmern und dafür sorgen müssen, daß sie vertreten werdeu. Die Leute mit „besonderen" Interessen werden sich aber viel leichter zusammenfinden und noch viel leichter unter einander verständigen, als diejenigen, welche das allgemeine Interesse zur Geltung bringen wollen. Die Kosten der Vertretung machen aber den „besonderen Interessen" gar keine Noth. Wir sehen täglich, wie die Vertreter der „besonderen Interessen" in Gestalt von Deputationen bei den Ministern antichambriren; Wochen lang in den Hotels der Residenz sich anfhalten, um ihre „besonderen Interessen" zur Geltung zu bringen. Das „besondere Interesse" ist aber werthvoll genug, um die Kosten tragen zu können. Was sind die Kosten z. B. für eine Gesellschaft von Fabrikanten, die eine Zollerhöhung für ihre Fabrikate durchsetzen oder die Herabsetzuug einer ihnen zu Gute kommenden Steuer verhindern wollen? So sehen wir auch, wie gesagt, jetzt schon in Deutschland, daß diese Kreise, welche „besondere Interessen", z. B. die Interessen der Spinnerei, d. h. die hohen Grenzzölle zu vertreten haben, sich ganz

lebhaft regen. Sie bieten sich dem Partikularismus als Alliirten an und tragen gern die Kosten der Wahlagitation wie der Vertretung, woraus folgt, daß ihr „besonderes Interesse" dabei zur Geltung kommt. Dem gegenüber werden nun zwar die Ideologen, wenn die Wahlzeit kommt, das „allgemeine Interesse" zur Geltung bringen, indem sie für die Prinzipien einer gesunden Volkswirthschaft und eines wahren Patriotismus eintreten. Aber so groß auch der Vortheil ist, der der Gesammtheit aus dem Siege dieser Prinzipien erwächst, für den einzelnen ist er nie so groß, daß durch ihn die Kosten einer besonderen Arbeit, geschweige einer kostspieligen Vertretuug im Parlament gedeckt werden könnten. Die Arbeit scheuen nun diese Ideologen glücklicher Weise nicht, aber die Kosten der Vertretung vermögen sie nur in den seltensten Fällen zu tragen. Diätenlosigkeit begünstigt demnach die Wahl von Vertretern, hinter denen ein Geldinteresse steht, das auf Kosten der Gesammtheit zur Geltung gebracht werden soll und fordert die Wahl von abhängigen Regierungsbeamten, die ihre Entschädigung in schneller Beförderung durch die Gunst ihrer Vorgesetzten suchen. Preußische Beamte mögen nun unserer Regierung ganz recht sein, hat sie aber ein Interesse an solchen, die den Partikularismus ihres Kleinstaates vertreten? Gewiß nicht. Und doch hat sie mit der Diätenlosigkeit auch eine Prämie auf die Wahl dieser Beamten gesetzt, die das bindende Mittelglied zwischen Partikularismus und Schutzzoll sein werden. Die krankhafte Angst vor den Erfolgen der liberalen Partei macht die Vertheidiger der Diätenlosigkeit blind gegen die Gefahren, die für den neuen Bundesstaat, besonders aber Preußen und preußische Interessen, aus dieser künstlichen Beförderung der Vertretung des Partikularismus und der Schutzzöllnerei hervorgehen.

— **Die belgische Armee.** Seit Lord Stanley Veranlassung genommen, sich über Garantien und deren Werth zu äußern, ist man zu der Annahme berechtigt, daß Belgien auf die ihm „garantirte" Neutralität ebenfalls nur einen geringen Werth legen und sich für den Fall einer europäischen Krisis durch Anschluß an die eine oder andere Partei mindesteus die Chancen des eventuellen Sieges sichern wird. Es hat sich vor einiger Zeit das Gerücht verbreitet, Belgien habe sich für den Fall eines Krieges zwischen Preußen und Frankreich zur Parteinahme für uns verpflichtet; eine Nachricht, welche sofort dementirt wurde. Abgesehen davon, daß die offiziösen Dementis sich durch ihre auch mitunter wahrhaft komischen Wortklaubereien um allen Credit gebracht haben, daß die Natur der Mittheilung des Dementi herausforderte: so ist es doch immerhin interessant, die Streitkräfte zu mustern, über welche Belgien im Nothfall verfügen könnte. Belgien besitzt im Ganzen 81 Bataillone, 43 Schwadronen und 152 Stück Geschütz. Das Bataillon ist in der Stärke von ca. 900 Mann formirt, die Schwadronen zu 130 Mann. Die Stärke der Jufanterie soll sonach (dem Etat zufolge) etwa 73,000 Mann, die Cavallerie 5600 Mann betragen. Das Jahrescontingent der Armee beträgt 10,000 Mann, welche mit der Verpflichtung im Frieden 8 Jahre zu dienen, eintreten; doch werden die Mannschaften schon nach 1 jähriger zum Theil nach 3jähriger Dienstzeit von den Fahnen

lust ist, das hat es noch vor ein Paar Monaten in der Luxemburger Frage bewiesen, in welcher zuletzt der von ihm auf Preußen geübte Druck wesentlich die Entscheidung gegeben hat. Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß Herr v. Beust der Zusammenkunft in Salzburg beiwohnen wird; auch von der Reise des Herrn Rouher aus Karlsbad dorthin ist noch immer die Rede. Vorerst scheint die Absicht in Paris nur die zu sei, Oesterreich bei allerlei Prätensionen vorzuschieben, welche theils d.e fernere Aufrechthaltung der Mainlinie theils die schleswig'sche Frage betreffen sollen. Frankreich hat bemerkt, daß es zu sehr in dem Rufe eines Störenfrieds steht und daß sein Auftreten das deutsche Nationalgefühl zu stark herausfordert, um direkt allerlei Schürversuche in die Haud nehmen zu können, welche schließlich irgend welche europäische Berathungen zur Zügelung Preußens herbeiführen sollen. Es soll also Oesterreich veewerthet werden, um theils Deutschland ein möglichst großes Stück von Nordschleswig abzudisputiren, theils bei dem französischen Drucke auf die süddeutschen Höfe möglichst zu sekundiren.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Berlin. Zwischen den süddeutschen Regieruugen haben bekanntlich Verhandlungen über die Wählbarkeit zum Zollparlament stattgefunden, welche durch besondere Bestimmungen zu regeln, der nene Zollvertrag offen ließ. Es kam in Frage, ob nicht auch für Süddeutschland die Festsetzung des preußischen Wahlgesetzes anzunehmen sei, nach welcher alle angehörigen der norddeutschen Staaten tn Preußen für den Reichstag wählbar sind; die gleiche Bestimmung ist bekanntlich in die meisten andern norddeutschen Wahlgesetze übergegangen. Diese Verhandlungen haben jedoch, wie das „Fr. Journal" aus München meldet, zu keinem Ergebniß geführt. „Die süddeutschen Regierungen, so meldet dies Blatt, sind bei der Feststellung ihrer Wahlgesetze zum Zollparlamente selbständig vorgegangen und haben sich nicht zu gegenseitigen Berathungen über die Durchführung gleichheitlicher Maßregeln veranlaßt gefunden. Demzufolge ist es jetzt ausgemacht, daß Jeder nur in dem Lande gewählt werden darf, in welchem er sein Domizil hat. Wie man hört, ließ man sich höheren Orts zunächst durch die Ansicht leiten, daß die süddeutschen Staaten in ihren Handelsangelegenheiten noch immer verschiedenartige Interessen hätten, wodurch es also z. B. nicht räthlich sei, die Vertretung Würtembergs in die Hände von Badensern zu geben" rc. Wie telegraphisch gemeldet ist, wird diese Nachricht auch durch die „Authogr. Korrespondenz", das Organ der Fortschrittspartei, bestätigt. Wenn nicht einmal in solchen Fragen eine Gemeinsamkeit herzustellen ist, so fehlen für einen besonderen Südbund jedenfalls alle moralischen und materiellen Grundlagen

Aus Karlsruhe wird der „Köln. Ztg." berichtet: „In den süddeutschen Staaten denkt man ernstlicher als je daran. die durch die Militärverträge mit Preussen übernommenen Verpflichtungen auszuführen. Baden, dies muß anerkannt werden, ist freilich seinen süddeutschen Bundesgenossen darin um einige Schritte voraus. Das Großherzogthum besitzt zur Zeit schon 14,000 Zündnadelgewehre und 2 Millionen Patronen, für welche an die preußische Regierung bereits eine Summe von 740,000 Gulden abgeführt worden ist. Würtemberg hat vorerst nur über 3000 Zündnadelgewehre, ob' auch schon über 1½ Millionen Patronen zu verfügen. Eigenthümlich ist jedenfalls, daß sich in diesem Augenblicke 10 badische Offiziere als In- Instrukteure in Würtemberg befinden, da sie mit der der Handhabung der neuen Waffe vertraut, besser zu diesem Zwecke geeignet schienen, als etwa preußische Instruktoren. Baiern besitzt, wie mit Bedauern konstatirt werden muß, zur Zeit weder Zündnadelgewehre noch dazu gehörige Patroneu. Dennoch sind auch hier die widerstrebenden Forderungen nunmehr als besiegt anzusehen, und im nächsten Frühjahr hoffen die Militär-Verwaltungen dieser drei süddeutschen Staaten im Stande zu sein, nahezu 120,000 Mann kriegstüchtiger Truppen, eventualiter unter den Oberbefehl des Bundesfeldherrn der norddeutschen Union stellen zu können."

— In Betreff der von der „N. A. Z." aus Paris gebrachten Nachricht von der angeblich bevorstehenen Zusammenkunft des Königs mit dem Kaiser Napoleon in Koblenz, einer Nachricht, der das ministerielle Blat eine besondere Glaubwürdigkeit beilegt, sagt die „Kreuzzeitung": „Um jede Mißdeutung der Thatsache zu verhüten, daß ein solcher Besuch Sr. Französischen Majestät in Koblenz nicht erfolgen wird, bemerken wir, daß über diese angebliche Zusammenkunft der beiden Monarchen weder Verhandlungen, noch Besprechungen, noch sonst irgend welche Anregungen zwischen den beiden Höfen stattgefunden haben."

— Der unlängst in mehreren Zeiten verlautbarte Gedanke Ihrer Königl. Hoheiten des Kronprinzen und der Frau Kronprinzessin, einfachen Arbeitern den Besuch der Pariser Weltausstellung möglich zu machen, ist in Berlin auf fruchtbaren Boden gefallen. Am 11. d. versammelten sich im Englischen Hause eine Anzahl einflußreicher Männer des Handels-, Gewerbe- und Beamtenstandes zur Berathung der Maßregeln, wie dieser Gedanke am besten ins Werk zu setzen sei Man einigte sich dahin, daß die Ausführung bei der Kürze der Zeit nur eine lokale, also auf Berlin beschränkte sein könne und daß, wenn andere Städte oder Fabrikdistrikte Aehnliches beabsichtigten (was sehr zu wünschen sei), jede gleichfalls für sich handeln müsse. Der Umfang der Ausführung wurde von den zur Verfügung stehenden Mitteln abhängig gemacht. Auch die kronprinzlichen Herrschaften werden, bestimmter Erklärung zufolge, hierzu beitragen. Eine Summe von 50 Thlr. bei freier Hin- und Rückfahrt (die bereitwilligst von mehren Eisenbahn-Verwaltungen in Aussicht gestellt ist) ward für einen 10- bis 14tägigen Aufenthalt von mitanwesenden, früher auf Kosten des Hanwerker- resp. Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen nach Paris entsendeteu Handwerkern als vollauf genügend für den Einzelnen bezeichnet. Welchen Arbeitern wird aber der Besuch der Ausstellung vorzugsweise von Nutzen sein? Die Antwort auf diese Frage verursachte eine längere Debatte, als deren Resultat im Allgemeinen wohl das bezeichnet werden kann, daß die einseitigst beschäftigten Fabrikarbeiter ungleich weniger Nutzen für sich aus der Ausstellung zu ziehen im Stande wären, wie Handwerker, die durch intelligente und künstlerische Arbeit ihre Stellung neben den Fabriken zu behaupten haben, aber auch, wie die Erfahrung hier am Orte sattsam lehre, ganz gut behaupten können. Werkführer und Arbeiter aus größeren Fabriken zu delegiren, glaubte man den Besitzern solcher Fabriken selbst überlassen zu dürfen, als dergleichen Entsendungen seitens hiesiger Fabrikanten schon mehrfach stattgefunden haben. — Die Versammelten konstituirten sich zu einem besonderen Comitee ernannten den Präsidenten Dr. Lette zum Vorsitzenden, den Geh. Ober-Regiernngsrats Dr. Engel zu dessen Stellvertreter, Herrn Zwicker (von Gebrüder Schückler) zum Schatzmeister und Kanzlei-Rath Quand zum Schriftführer. Außerdem wurde eine aus dsn Herren Professor Reuleaux, Fabrikbesitzer Herr Friedländer und W. Borchert und Tischlermeister Ebert bestehende Kommissinn zur Auswahl und Bezeichnung von geeigneten, nach Paris zu sendenden Arbeitern ernannt und beschlossen, in kürzester Frist auf einen Aufruf zur Beiheiligung an der möglichst umfassenden Durchführung des Gedankens der kronprinzlichen Herrschaften in Berlin vor die Oeffentlichkeit zu treten.

— Als Tag der Einberufung des Reichstages wird, nach dem „Publ.", der 6. September bezeichnet.

— Herr v. Savigny ist aus dem Staatsdienst gänzlich ausgetreten.

— Die Fortschrittspartei und die national-liberale Partei in Stettin haben sich erfreulicher Weise über die Candidatur des Herrn Müller geeinigt. Eine Bekanntmachung, welche von den beiden Comités gemeinsam unterzeichnet lautet: „Die unterzeichneten Comités der beiden Fractionen der hiesigen liberalen Partei sind, unter Zustimmung ihrer Vertrauensmänner, dahin einig geworden, für die bevorstehende Reichstagswahl als gemeinsamen Candidaten der gesammten liberalen Partei Stettins den früheren Reichstagsabgeordneten Herrn Gustav Müller in Berlin ihren Mitbürgern vorzuschlagen. Die Größe und Schwierigkeit der Aufgabe, welche der liberalen Partei im Reichstage zufallen wird, lassen ein Zasammengehen aller ihrer Fractionen in hohem Grade wünschenswerth erscheinen. Die politische Vergangenheit des Herrn Gustav Müller nnd seine anerkannte Befähigung sind uns Gewähr, daß er die Einigung der ganzen liberalen Partei auch im Reichstage fördern und bei den wichtigen Verhandlungen über Zoll-, Steuer- und Handelsgesetzgebung im Interesse des Volkes erfolgreich thätig sein wird."

— Der König hat die ihm von Herrn Krupp zum Geschenk angebotene Riesenkanone, welche sich zur Zeit auf der Pariser Ausstellung befindet, mittelst eines huldreichen und den Geschenkgeber sehr ehrenden Schreibens angenommen, und für die Küstenvertheidigung bestimmt. Der Kriegsminister ist mit Uebernahme des Geschützes beauftragt.

— Die „Provinzial-Correspondenz" schreibt; Der Bundesrath wird ein Gesetz über die Amtsbefugniß der Bundes-Consuln, ein Paß- und ein Freizügigkeits-Gesetz zur Vorlage für den Reichstag vorbereiten. Die Reichstagswahlen werden erst nach dem 27. August stattfinden. — Eine Verordnung wegen der Provinzial-Vertretung Hannovers ist bevorstehend. — Von dem Gesandten in Mexiko, Herrn v. Magnus, sind noch keine Nachrichten eingetroffen. — Der König geht Ende dieser Woche nach Cassel und kehrt dann nach Babelsberg zurück, wo bereits Vorbereitungen zu seinem Empfang getroffen werden.

München. Die Kommission, welche an der Herstellung des Militärgesetzes arbeitet, soll besonders bemüht sein, dabei die Forderungen der Familie mehr zu schonen, als es nach dem preußischen Wehrgesetz der Fall ist. Als äußerster Termin für die Einberufung zu den Waffen, nachdem schon sämmtliche jüngere dienstpflichtige Mannschaft im Felde steht, wird das 32. Lebensjahr angegeben. — Bei dem Gesetzentwurf in Betreff des Genossenschaftswesens ist dem „N. K." zufolge jeder Genossenschaft es anheimgestellt, in ihren Statuten eine beschränkte, nur auf den Betrag des Gesellschaftsvermögens, oder eine auch auf das Privatvermögen aller einzelnen Mitglieder sich ausdehnende Haftbarkeit festzustellen. Die solidarische Haft, die in dem preußischen und weimarischen Gesetz festgestellt ist, hat also keine Aufnahme gefunden. — Nach der „Allg. Ztg." wird Kaiser Napoleon am 17. d. in Augsburg eintreffen und dort bis zum folgenden Tage verweilen, um sich so nach langer Zeit die Stadt wieder anzusehen, in welcher er mehrere Jugendjahre verlebte. Am 18. d. um 12½ Uhr trifft der Kaiser in Müncher ein und setzt nach einem Aufenthalt von 10 Minuten die Reise nach Salzburg fort.

Frankreich.

— Am 15. d. Mts. wird der „Moniteur", wie der „Etendard" und aus bester Quelle auch der Correspondent der „K. Z." versichern, wichtige kaiserliche Decrete veröffentlichen, „die von der öffentlichen Meinung mit großer Befriedigung aufgenommen werden dürften." (Abwarten!) Es handelt sich um einen „neuen Schritt zur freiheitlichen Entwickelung."

— Das sozial-ökonomische Programm, mit dessen Ausarbeitung sich der Kaiser schon längere Zeit beschäftigt, und daß schon vor mehreren Wochen bei der Preisvertheilung erwähnt wurde, soll am 15. August theilweise zur Ausführung gelangen. Wenn es auch hinter den urspränlich beabsichtigten Verhältnissen bedeutend zurückbleiben mag, wird das Erscheinen desselben am Napoleonstage doch mit Bestimmtheit in Aussicht gestellt. — Wenn das französische Kabinet sich bemüht, das dentsche Nationalgefühl in der nordschleswigschen Sache nicht direkt zu verletzen, so rechnet es doch um so mehr darauf, daß es ihm gelingen werde, Oesterreich zu bestimmen, daß es aus seiner bisherigen Zurückhaltung heraustrete und die Ausführung der Prager Friedensklausel in Berlin empfehle. Habe Oesterreich hierin die Initiative einmal ergriffen, so werden wie man hier weiter rechnet, die übrigen Mächte dessen Schritte durch freundliche Vorstellungen zu unterstützen suchen. Frankreich kann sich dann mehr im Hintergrunde halten und die Angelegenheit auf das Gebiet der europäischen Verhandlungen hinüberspielen — Die offiziöse „Patrie" deutet auf das Bestreben der Regierung hin, die schleswigsche Frage vor das europäische Forum zu ziehen. „Wenn, so meint sie, die Einmischung einer fremden Regierung vom deutschen Standpunkt zurückgewiesen werden kann, so kann sie das nicht vom internationalen Standpunkte." Dennoch ist dies oft genug geschehen, wie die „Patrie" sich wohl noch aus dem letzten verunglückten diplomatischen Feldzuge gegen Rußland erinnern wird, wo es Frankreich nichts nutzte, daß es Oesterreich und England an die Hand nahm, sondern man sich in Petersburg einfach die europäische Intervention in der polnischen Frage verbat. Der „Monde" veröffentlicht wieder einmal einen Brief aus Hannover vom 5. August, unterschrieben, „Baron Schultze", in welchem versichert wird, jeder „gute Hannoveraner" sehne sich nach dem Zustandekommen einer österreichisch-französischen Allianz, um das preußische Joch abzuwerfen. Preußens Uebermuth bedrohe ganz Europa und um Frieden zn haben, müsse es sich zur Demüthigung und Schwächung Preußens verstehen. — Wenn man verschiedene französische Blätter ansieht, so sollte man glauben, Frankreich und Preußen hätten seid 1792 ihre Rollen völlig vertauscht. Damals entwarfen die ausgewanderten französischen Royalisten die entsetzlichsten Schilderungen von den Zuständen ihres Vaterlandes und versprachen eine allgemeine Schilderhebung gegen die Unterdrücker in Paris, wenn die Preußen nur einmarschiren wollten. Der Herzog von Braunschweig fand aber bei seinem Einrücken, daß daß Alles nur hohle Vorspiegelungeu gewesen waren. Ob Frankreich mit den Versprechungen des Baron Schultze in der Tasche sein Heil in ähnlicher Weise wird versuchen wolleu, das ist abzuwarten. — Im „Temps" sagt Herr Nefftzer, der vor Kurzem Herrn Schulze-Delitzsch persönlich in Potsdam kennen gelernt hat, über dessen Erklärung in Betreff des Friedenskongresses: „Herr Schulze-Delitzsch ist ein Mann, der ebenso durch seine Intelligenz, wie durch seine Ueberzeugungstreue und Aufrichtigkeit hervorragt. Er ist durch das genaue Verständniß der Rechte und der Bedürfnisse der Demokratie ein Mann seiner Zeit wie kein Anderer; er besitzt eben so viel Wissen, as Glauben und Erfahrung. Er ist keines Hintergedankens, keiner Berechnung fähig; was er sagt, muß so genommen werden, wie er es sagt, und darf nicht in diesem oder jenem

---

entlassen. Für den Kriegsfall soll über die 8 Jahrgänge hinaus so weit zurückgegriffen werden, daß die Arme auf die Stärke von 100,000 Mann gebracht wird, eine Bestimmung, die indeß gar keinen Werth hat, weil die Cadres und Kriegsmaterial zur Einstellung so vicler Mannschaften nicht ausreichend sind. Das Maximum dessen, was die belgische Armee leisten könnte, würde bestehen in 73,000 Mann Infanterie, 5600 Mann Cavallerie, 4000 Mann Artillerie, 900 Mann Ingenieuren, zusammen 83,500 Mann, mit 152 Geschützen, und ist zu bemerken, daß im Falle einer solchen Leistung schon stark in die Kriegsreserve zurückgegriffen werden müsste. — Für den etwaigen Verbündeten Belgiens würde zum activen Auftreten nur ein verhältnißmäßig kleiner Theil dieser Truppen in Betracht kommen, weil die große Zahl der belgischen Festungen, sowie die verschanzten Lager starke Besatzungen erfordern, und würden sich demnach im günstigen Falle kaum 30 Bataillone, 30 Schwadronen und 20 Batterien, in Summa etwa 34,000 Mann und 120 Geschüße activ verwenden lassen. Die Bürgerwehr, welche für Kriegszeiten in der Stärke von 100,000 Mann zur Vertheidigung der Festungen herangezogen werden soll, würde einestheils große Lücken anfweisen, andererseits aber wegen mangelhafter Organisation und Ausrüstung nur mäßige Dienste leisten. Doch würde Belgien einestheils durch obige 34,000 Mann, anderseits durch seine geographische Lage die durch diele Bollwerke geschützt ist, für Preußen ein sehr wünschenswerther Bundesgenosse sein.

anderen Sinne gedeutet werden. Vor Allem hat ihn die Besorgniß einer etwaigen parlamentarischen Schlappe nicht geleitet. Denn, wenn er auch nicht im Abgeordnetenhause oder im Nordparlament sitzt, bleibt er eine der bedeutendsten und einflußreichsten Persönlichkeiten Deutschlands. Sein Promemoria muß wörtlich so aufgefaßt werden, wie es lautet, man muß diesem Manne Glauben schenken, wenn er, im Namen seines Landes, die Befürchtung vor einem französischen Angriffe ausspricht. Um die Stimmung der Deutschen richtig zu beurtheilen, müßten wir uns ein wenig an ihre Stelle denken. Man dürfte in der That nicht vergessen, daß seit 200 Jahren die Geschichte von weiter nichts als von Unternehmungen zu erzählen weiß, die wir gegen sie ausgeführt oder verursacht haben, und dürfte sich dann nur erinnern, welchen Stachel der einzige Name Waterloo bei uns hinterlassen hat. Die Antwort des Hrn. Schulze-Delitzsch ist ein aufrichtiges, unumstößliches Zeugniß für das Gefühl des Mißtrauens der Deutschen und dies ist gerade eines der schlimmen Momente der Situation. Dies ist von jedem Gesichtspunkte aus unangenehm und bedauerlich, allein wir müssen gestehen, das dieses Gefühl seine historische Berechtigung hat. Es giebt nur ein Mittel es zu schwächen und zu ersticken, indem man nämlich auf jede Einmischung in die deutschen Angelegenheiten verzichtet. Dies ist auch das einzige Mittel, die preußische Aktion zu bekämpfen. Die preußische Regierung hat es bis jetzt nicht verstanden, sich in den annektirten Ländern Sympathien zu erwerben. Nur besitzen wir, als Ausländer, noch weniger Sympathien, als Preußen, und diese Furcht vor französischen Unternehmungen ist sicherlich sein bester Bnndesgenosse."

Italien.

— Man hat an die Mitglieder des italienischen Parlaments den ersten Theil des neuen Strafgetzbuches vertheilt. Unter den bedeutendsten Reformen befindet sich die Abschaffung der Todesstrafe. Das genannte Strafgesetzbuch enthält folgende Strafen: 1) Lebenslängliche Zwangsarbeit; 2) Einzelhaft; 3) Strenge Relegirung; 4) Einfache Relegirung; 5) Gefängniß; 6) Haft; 7) Verbannung; 8) Lokale Verbannung; 9) Verbot, ein öffentliches Amt zu bekeiden; 10) Verbot, einige bestimmte Rechte auszuüben; 11) Geldbuße; 12) Polizei Aufsicht; 13) Gerichtlicher Tadel. — General Zappi in Rom entfaltet eine rastlose Thätigkeit in seinen Rüstungen um die Engelsburg und Civitavecchia in Vertheidigunsstand zu setzen. Sonderbare Gerüchte knüpfen sich an die Thatsache, daß namentlich Civitavecchia so stark befestigt wird, während wohl nur der Gedanke zu Grunde liegt, sich im schlimmsten Fall die Communikation mit dem Auslande zu sichern, da die Landseite durch die italienischen Truppen besetzt ist. Man rechnet sehr wenig auf die einheimischen Truppen, da schon jetzt die Desertionen unter denselben täglich zunehmen: dagegen sollen bereits Schritte geschehen sein, um neue Truppen in der Schweiz anzuwerben. Ob die Regierung wirklich so ernstliche Befürchtungen zu hegen braucht, wie man nach solchen Vorbereitungen schließen sollte, möchten wir für den Augenblick sehr bezweifeln, können es jedoch nur als klug bezeichnen, daß man sich rechtzeitig vorsieht. Zu bedauern ist aber, daß in Folge dieser Rüstungen und des halben Belagerungszustandes, die Verwaltung des Landes noch nachlässiger betrieben wird als gewöhnlich; man läßt die ganze unbeholfene Maschinerie ihren Schlendrian gehen; von einer Verbesserung anerkannter Mißstände oder gar von zeitgemäßen Reformen ist natürlich jetzt weniger die Rede als je. (A. A. Z.)

Dänemark.

— Die französischen Gäste trafen am 12. d. Mts. in Korsör bei Copenhagen ein und wurden dort jubelnd begrüßt. Der Bürgermeister hielt eine französische Begrüßungsrede, in welcher er versicherte, daß die Eintreffenden in Dänemark zwar nur eine geringe Bevölkerung, aber lauter ihnen entgegenschlagende Herzen finden würden. Dänemark und Frankreich seien stets Alliirte gewesen, verknüpft durch gemeinsame Interessen, Humanität und Freiheitsliebe. Er schloß mit den Worten: Es lebe das Gedächtniß der ersten Helden der Welt, es lebe Euer großer Kaiser, es lebe das sieggekrönte, stolze und schöne Frankreich. Morin antwortete mit einem Hoch auf den König und das Volk von Dänemark. — Am Copenhagener Bahnhof wurden die Franzosen von vielen Tausend Menschen unter enormem Jubel und dem Abfeuern der Kanonen empfangen.

Amerika.

– Gen. Grant hat jetzt die beste Aussicht, Präsident der Ver. Staaten zu werden. Abgesehen von seinen außerordentlichen militärischen Verdiensten ist er unter den Candidaten der republikanischen Partei derjenige, den sich jeder einzelne noch am liebsten neben sich gefallen lassen würde. Mr. Johnsohn macht sich wohl selbst schwerlich Rechnung auf eine Wiederwahl. Diese wäre nur durch ein Wunder möglich. Er hat sich bei der Majorität nicht blos verhaßt, sondern verachtet und lächerlich gemacht, und er kann dem Himmel danken, wenn er bis zum Ende seines Amtes von einer Anklage verschont bleibt.

Provinzielles.

Culm, den 11. Aug. (G.) An der Spitze seiner neuesten Nr. bringt das polnische Wochenblatt „Przyjaciel ludu" folgende Mittheilung: „Aus dem Kreise Wongrowitz wird uns mitgetheilt und kann durch 30 Ortsschulzen bekundet werden, daß der Distrikts-Kommissar Kersten in einer amtlich anbefohlenen Schulzen-Versammlung folgende Aeußerung that: „Wenn ein Schulze oder Lehrer meines Distrikts sich erlauben sollte, das polnische Blatt „Przyjaciel ludu" zu halten, so wird er durch mich bestraft werden." Hr. Danielewski, Verleger und Redakteur des genannten Blattes, fügt dem hinzu: „Trotz der angegebenen Zeugen möchte ich die Richtigkeit der Thatsache einstweilen bezweifeln, da für das Halten von Schriften Niemand einen Schulzen oder Lehrer bestrafen darf, zumal ein so untergeordneter Beamter, wie ein Distrikts-Kommissar. Ich werde mich sofort bemühen, den wahren Sachverhalt festzustellen, um sodann das Weitere nach Maßgabe des § 315 des preußischen Strafgesetzbuchs veranlassen zu können." Der angezogene § lautet: „Ein Beamter, welcher seine Amtsgewalt mißbraucht, um Jemand zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung widerrechtlich zu nöthigen, wird mit Gefängniß nicht unter einem Monat bestraft; zugleich kann auf zeitige Unfähigkeit zu öffentlichen Aemteru erkannt werden."

Memel, den 11. August. Die Aussichten für die Landwirthe werden in dem hiesigen Kreise immer trauriger. Der ewige Regen hat den Acker so aufgeweicht, daß auf den strengeren Bodenarten nicht mehr geackert werden kann. Die Brachen gleichen einer Wiese, können aber nicht beweidet werden, weil das Vieh darauf versinkt. Der Rübsen ist ungünstigen Verhältnissen zwar eingebracht, läßt sich jetzt aber nur zu sehr niedrigen Preisen verkaufen, da er stark gelitten hat. Die Heu- und Klee-Ernte ist auf den meisten Gütern noch nicht beendet und letztere hat durchweg ganz bedeutend gelitten.

Der Weizen ist im Stroh total rostig, ob dies auch in die Aehren übergehen wird, läßt sich noch nicht voraussagen.

Die Roggenernte wird hier vor dem 1. September nicht begonnen werden können und sind hierdurch nie dagewesene Calamitäten hervorgerufen. Die alten Vorräthe sind verzehrt und die meisten Wirthe müssen für sich und ihre Leute Brod kaufen. Das Sommergetreide steht zwar ziemlich gut, ist aber noch sehr weit zurück und Rundgetreide wird, wenn nicht bald warme Witterung eintritt, gar nicht zur Reife gelangen. Kartoffel- und Rübenfelder gewähren einen traurigen Anblick. Sie stehen zwar gut, sind aber gänzlich verkrautet und können der Nässe wegen nicht bearbeitet werden. Alle diese Kalamitäten zusammen genommen, gehen wir einer sehr traurigen Zukunft entgegen und wohl die meisten Wirthe legen sich die Frage vor: was werden wir essen, womit werden wir unser Vieh den Winter hindurch füttern, und wovon werden wir die enormen Staatsabgaben und Zinseu bezahlen? Diese Fragen lassen sich um so schwieriger beantworten, als im hiesigen Kreise der Realkredit gänzlich aufgehört und der Diskonto für Wechsel eine fabelhafte Höhe erreicht hat.

Lokales.

— **Stadtverordneten-Sitzung am 14. d.** Herr Adolph, Vorsitzender; im Ganzen 21 Mitglieder anwesend. — Vom Magistrat Herr Stadtrath Hoppe.

Von dem Aeronauten Herrn Regenti, welcher vor einigen Wochen hier eine Vorstellung gab, ist dem Magistrat folgende Pacht-Offerte gemacht: 1) will Hr. Regenti den Artushof, das Theater-Büffet und den Ziegeleigarten für die Zeit, so lange die e Lokale der zeitige Pachtinhaber Herr Höse noch seinen Kontrakten inne hat, auf Grund dieser Kontrakte übernehmen und die Pacht für diese Zeit vorausbezahlen; 2) beabsichtigt Herr R. ferner den Ziegeleigarten nach dem Ablaufe der Höse'schen Pacht noch auf 10 hintereinander folgende Jahre auf Grund des Höse'schen Pachtvertrages zu übernehmen, will die Pacht für diese 10 Jahre pränumerando erlegen, außerdem noch 2–3000 Thlr. zur Hebung des Geschäfts für Utensilien, Verbesserungen 2c. verwenden, eine neue Kolonade auf eigene Kosten bauen, den Zaun für eigene Rechnung erhöhen lassen, eine eigene Hauskapelle halten und überhaupt durch Heranziehung verschiedenartiger Künstlergesellschaften das Lokal in jeder Hinsicht zu heben suchen. Der Magistrat findet die Offerte so günstig, daß er den Antrag stellt, auf Grund desselben mit Herrn R. weiter unterhandeln zu dürfen, wozu die Vers. ihre Zunimmung ertheilt. — Auf Antrag des Herrn Adolph ersuchte im Mai die Vers. den Magistrat, ihr nach jeder Sitzung des hiesigen Kreistages über die Beschlüsse dieses Mittheilung zu machen, insofern dieselben städtische Interessen berühren. Die heutige, ablehnende Antwort des Magistrats lautete dahin, daß nicht der Magistrat, sondern 4 Abgeordnete die Kommune Thorn auf dem Kreistage vertreten, welche letztere an bestimmte Instruktionen nicht gebunden seien. Außerdem würden die Kreistagsbeschlüsse du ch das Kreisblatt publizirt und durch Referate im Wochenblatte mitgetheilt. Anfänglich wollte man sich mit dieser Antwort nicht einverstanden erklären, weil eine Kenntnißnahme besagter Beschlüsse aus finanzieller Rücksicht für die Kommune der Vers. wünschenswerth sei. Herr B. Meyer z. B. beantragte, daß die Vers. sich an die 4 städtischen Kreisvertreter wenden möchte, um durch einen von ihnen das gewünschte Referat zu erhalten. Ein solches Vorgehen jedoch wurde mehrseitig als für die Vers. nicht passend und ungeschäftsmäßig erachtet. Ferner wurde vorgeschlagen, den Magistrat zu ersuchen, daß derselbe der Vers. die Kreistags-Propositionen und die betreffenden Nummern des Kreisblattes, welche die Kreistagsbeschlüsse mittheilen, zusenden möchte. Auch dieser Vorschlag fand die allgemeine Zustimmung nicht und ging die Vers. nach Antrag des Verwaltungs-Ausschusses zur Tagesordnung über. — Der Magistrat theilt der Vers. mit, daß 1) der durch den hohen Wasserstand der Weichsel unterbrochene Bau der Weichselrampe von der Bau-Deputation überwacht werde und seine baldige Beendigung in Aussicht stehe; — 2) die Kunstziegeln zum Ausbau des Rathhaus-Risalits bestellt und zum größten Theil bereits geformt seien. Die Vers. nimmt von dieser Mittheilung mit dem Ersuchen Kenntniß, daß beide Bauten nach Kräften gefördert werden möchten. — Die Bedingungen zur Lieferung des Holzbedarfs für die Kämmerei p. Winter 1867/68 werden genehmigt und die Herren A. Danielowski und Schmiedeberg in die Abnahme-Kommission gewählt. — Genehmigt werden ferner die Bedingungen zur Lieferung des Beleuchtungs-Materials p. Winter 1867/68. Der Verwaltungsausschus machte den Vorschlag, daß anstatt des Oels (1 Ctr.) das billigere Petroleum verwendet werde. Die Vers. ging indeß auf diesen Vorschlag nicht ein, weil das Oel vornemlich zur Speisung der Laternen für die Nachtwächter, sowie für die Thurmsänger verwendet wird und eine Petroleum-Flamme leichter im Luftzuge erlischt als eine Oel-Flamme. — Nach Bericht über die Brückeneinnahme betrug dieselbe 1334 Thlr. 15 Sgr., oder durchschnittlich per Tag 43 Thlr. 1 Sgr. 5 Pf. (mehr 9 Thlr. als im Juli v. J.) — Die Vers. genehmigte den nothwendig gewordenen uud in Angriff genommenen Umbau des Stallgebäudes im Ziegeleigarten. — Die Zuschlagertheilung zum Verkauf des alten Schulgrundstücks auf der Bromberger Vorstadt, für welches Herr Kaufmann Mallon 1250 Thlr. geboten hat, wird aus einem formalen Grunde vertagt. Es fehlte nemlich unter den Anlagen der Verkaufsverhandlung der Behändigungs-Schein des 2. Kaufkonkurrenten zum 2. Termin und konnte es daher nicht festgestellt werden, ob dieser auch wirklich zum Termin eingeladen worden war. — Auf Antrag des Magistrats genehmigte die Vers. die Niederschlagung von 8 Thlr. 10 Sgr Miethe, welche ein nunmehr verstorbener Ziegeleiarbeiter rückständig geblieben war. — Dem Badeschiffpächter Herrn G. Fritsch werden, weil der hohe Wasserstand der Weichsel vom 15. bis 24. v. Mts. die Benutzung des Badeschiffes verhinderte, 33 Thlr 20 Sgr. an der Pacht erlassen, dagegen die Rückerstattung von 1 Thlr. 22 Sgr., welche Genannter für die Reinigung des Badeschiffes vom Schlick verausgabt hat, abgelehnt, weil die Reinigung lediglich eine Sache des Pächters sei. — Die Vers. bewilligt nach Antrag der Bau-Deputation zu Holzbekleidungen im neuen Bürger-Schulgebäude 200 Thlr. — Außerdem wurde ein Anleihegesuch und ein Unterstützungsgesuch erledigt.

— **Kommerzielles.** Die Handelskammer hat sich in der Angelegenheit der Verzollung der Säcke auf den russischen Zollämtern auf offiziellem Wege um die Konstatirung der ihr mitgetheilten Thatsache weiter bemüht und ist diese, wie wir vernehmen, als begrüudet anerkannt worden. Nach einer neuerdings an die besagten Zollämter ergangenen Verfügung unterliegen alle vom Auslande nach Rußland eingehenden Säcke, gleichviel ob neu oder gebraucht, ob mit Wolle, Getreide 2c. gefüllt, ob aus Rußland ausgeführt, einem Zoll, der für Säcke, die mehr als 4 Quadrat Arschin ($1\frac{1}{8}$ Ellen im Quadrat) groß sind, 10 Kopeken (40 Pf. Pr) pro russ. Pfund beträgt. Säcke, die kleiner wie 4 Quadr. Arschin sind, werden mit 2 Rbl 40 Kop. pro 100 verzollt. Daß diese Zollmaßnahme den Handel mit Wolle, Getreide 2c. zwischen Polen und Preußen sehr erschwert, ist von selbst ersichtlich und liegt in beiderseitigem Interesse die zollfreie Rückbringung von Säcken nach Polen resp. Rußland, welche von dort mit Rohprodukten ausgeführt sind.

Das Obertribunal hat den wichtigen Rechtsgrundsatz acceptirt, daß Wirthe und Restaurateure, als unter Artikel 10 des Handelsgesetzbuches fallend, zur Buchführung und Bilanzziehung nicht verpflichtet sind, mag der Umfang des Geschäfts noch so bedeutend sein

---

Agio des Russisch-Polnischen Geldes. Polnisch-Papier $18\frac{1}{2}$ pCt. Russisch-Papier $18\frac{3}{4}$ pCt. Klein-Courant 21 pCt. Groß-Courant 10 pCt. Alte Silberrubel 8 pCt. Neue Silberrubel 5–6 pCt. Alte Kopeken 10–12 pCt. Neue Kopeken 15 pCt.

Amtliche Tages-Notizen.

Den 15. August. Temp. Wärme 10 Grad. Luftdruck 28 Zoll 4 Strich. Wasserstand 5 Fuß 5 Zoll.

---

4) Atteste der Privat-Waldbesitzer oder deren Stellvertreter und Waldwärter, müssen von der Ortspolizei-Behörde beglaubigt sein.

Zur Aufrechthaltung dieser Vorschriften ist der genannte Beamte angestellt und hat Jeder, der dieselben unbeachtet läßt, sofortige Confiscation des Holzes zu gewärtigen.

Thorn, den 15. August 1867.

Der Magistrat, Polizei-Verwaltung.

Die Verlobung unserer Tochter **Ernestine** mit dem Herrn **S. Wollenberg** aus Gollub zeigen wir ganz ergebenst an.

Thorn, den 14. August 1867.

J. Lewinsohn und Frau.

Schlesinger's Garten.

Sonnabend, den 17. d. Mts.

2. Abonnement, 6. Concert

von der Kapelle des 61. Inf.-Regts.

Anfang $6^1/_2$ Uhr.

Ende 11 Uhr.

Entree à Person $2^1/_2$ Sgr.

Abonnement-Billets sind bei Herrn **L. Grèe** zu haben.

Programme an der Kasse.

J. Schlesinger.

Schützen-Haus.

Sonntag, den 18. d. Mts.

große Italienische Nacht

und



von der Kapelle des 61. Infanterie-Regiments.

Arenz.

Die schlesische und ostpreußische

Leinen-Niederlage

von

A. Böhm

empfiehlt ihr reichhaltig assortirtes Lager von

Leinen, Bezügen, Bettdrille, Federleinen, Hand-, Tisch- u. Taschentüchern, Shirting, Piqués-Dimiti, sowie fertige Herren- und Damenwäsche, Kragen, zu reellen billigen Preisen.

Von heute ab täglich Mittags frische wohlschmeckende

Kaffee-Kuchen

empfiehlt **Volkmann,**

Brückenstr. Nr. .

In der Buchhandlung von **Ernst Lambeck** ist vorräthig:

Praktisches

Thorner Kochbuch

für

bürgerliche Haushaltungen.

Zuverlässige Anweisung

zur

billigen und schmackhaften Zubereitung aller in jeder Hauswirthschaft vorkommenden Speisen, als: Suppen, Gemüse, Braten, Getränke, einzumachende Früchte, Bäckereien &c.,

von

Caroline Schmidt,

praktische Köchin.

Preis 10 Sgr. cart.

Die Tonne **Oberschlesischen Kalk** ab Lager offerirt mit $26^1/_2$ Sgr.

Carl Spiller.

Harzer Tafelkäschen, Sardellen, Sardinen à l'huil, russ. Sardinen, bei

F. Raciniewski,

Neustädter Markt.

Ein **Kutschwagen** ist billig zu verkaufen. Zu erfragen Gerechtestr. Nr. 97.

Eine Wohnung vermiethet **O. Wunsch.**

Zu haben bei **Ernst Lambeck** in Thorn:

Wieder neu gedruckt und wieder vorräthig ist die vergriffene Auflage des wohlfeil in Lieferungen erscheinenden Werkes:

1 Sgr. wöchentlich — **MARIA STUART.** — **4 Sgr. jedes Heft.**

1 Sgr. wöchentlich. **Prospect.** **4 Sgr. jedes Heft.**

Im **glänzenden** Gewande einer **fesselnden** Erzählung schildert **Ernst Pitawall** das **herrlichste** Weib wie es **gelebt** und **geliebt**, wie es gelitten im Kerker, wie ihr **schönes Haupt**, getrennt vom Rumpfe durch das Schwert des Henkers, herniederrollt vom Blutgerüst. — 3 Prämien empfängt jeder Abonnent des Werkes „Maria Stuart", nämlich: 1) **Maria Stuart bei der Nachttoilette überrascht.** 2) **Maria Stuart's glänzende Vermählungsfeier.** 3) **Maria Stuart's letzte Augenblicke.**

Dies interessante und spannende Werk ist in allen Buchhandlungen zu haben, insbesondere bei Ernst Lambeck in Thorn.

Gutes trockenes Kiefern-Klobenholz, trockene gespaltene Stubben unmittelbar an der Chaussee, sind billig in Przysiek bei Thorn zu haben.

Barometer,

namentlich die so beliebten Metall-Barometer, Thermometer, Alkoholometer, sowie Wasserwaagen, Reißzeuge, empfiehlt gut und billig

Gustav Meyer, Neustadt Nr. 2.

Gute Getreidesäcke

empfiehlt

A. Böhm.

Die Buchhandlung von **Ernst Lambeck** empfiehlt in bester Ausführung:

Photographien

in Visitenkarten Format à 4 Sgr. von Bogumil Goltz, Ludwig Uhland, Fritz Reuter und Emanuel Geibel.

Sollte ein **magenstärkender** u. **belebender** Liqueur beliebt werden, so ist der meinige, den man bei der Cholera anwenden kann, vom hies. Königl. Kr. Physikus besonders empfohlen.

Louis Horstig.

Ein 2jähriger dressirter Hühnerhund, sowie junge Pudel zum Verkauf. Pauliner Thurm 389.

---

500 Thlr. werden auf ein hiesiges Grundstück zur sichern Stelle gesucht. Selbstdarleiher wollen ihre Adresse unter Chifr. K. L. in der Exped. d. Bl. abgeben.

Die Theilnehmer der neu zu gründenden Schützen-Gilde, welche bereits unterzeichnet haben, sowie Diejenigen, welche noch unterzeichnen wollen, ladet zur Vorberathung und Wahl eines definitiven Vorstandes zu

Dienstag, den 20. d. Mts.

7 Uhr Abends

im *Platte*'schen Garten

ganz ergebenst ein.

Die Liste liegt zur gefälligen Unterzeichnung bis dahin bei den Herren **B. Wegner & Co.** aus.

Der zeitige Vorstand.

Drei fette Schweine hat zum Verkauf verwittwete Lieutenant **Luck**, Kleine Gerberstr. Nr. 15.

Von heute ab sind **frische Rübkuchen** in meiner Fabrik zu haben.

Ostaszewo b. Thorn, d. 15. August 1867.

Ein geübter **Conditorgehülfe** findet bei gutem Salair dauernde Condition bei

A. L. Reid,

in Bromberg.

Diejenigen Mandanten meines am 13. Juli cr. verstorbenen Ehemannes Justiz Rath **Rimpler**, welche derselbe seit dem 1. August 1860 vertreten hat, fordere ich auf die Manual-Acten innerhalb 4 Wochen abzuholen, da dieselben andernfalls vernichtet werden.

Thorn, den 14. August 1867.

Die verwittwete Justiz-Räthin

Rimpler.

In dem früher **Johann Ott**'schen Grundstücke Altst. 249 sind z. 1. Oktober mehrere Wohnungen zu vermiethen, durch die Magistrats-Calculatur.

Engl. Matjes-Heeringe, feinsten Wein- u. Naturel-Mostrich s. w. Dampf Caffees in versch. Sorten empfiehlt

F. Raciniewski,

Neustädter Markt.

In der Buchhandlung von **Ernst Lambeck** ist vorräthig:

Neuer praktischer

Universal-Briefsteller

für das

geschäftliche und gesellige Leben.

Ein

Formular- und Musterbuch

zur Abfassung

aller Gattungen von Briefen, Eingaben, Contracten, Verträgen, Testamenten, Vollmachten, Quittungen, Wechseln, Anweisungen und anderen Geschäfts-Aufsätzen.

Mit genauen Regeln

über Briefstyl überhaupt und jede einzelne Briefgattung, insbesondere

einer Anweisung zur

Orthographie und Interpunktion und einer möglichst vollständigen Zusammenstellung aller üblichen Titulaturen. Nebst einer Auswahl von Stammbuchsaufsätzen

und einem

Fremdwörterbuche.

Bearbeitet

von

Dr. L. Kiesewetter.

17. verbesserte Auflage.

Preis gebunden 15 Sgr.

Feinstes Salon-Petroleum

à $4^1/_2$ Sgr. pro Quart empfiehlt

L. Sichtau.

Feuersichere Dachpappen

bester Qualität offerirt billigst

M. Schirmer.

Engl. glasirte Thonröhren.

hat in Commission und empfiehlt

Carl Spiller.

Baderstr. 59 ist eine neu eingerichtete Wohnung von 4 Stuben und Zubehör vom 1. Oktober zu vermiethen.

Brückenstraße Nr. 7 ist die Bell Etage zu vermiethen **W. Danziger.**

Brückenstraße Nr. 17 ist vom 1. Oktober ab die Wohnung nebst Comptoir, welche jetzt Herr Kaufmann **C. Bock** inne hat, zu vermiethen.

Eine große Tischler-Werkstatt nebst Wohnung ist vom 1. Oktober d. J. zu vermiethen.

Juny,

Möbl. Zimmer vermiethet **W. Henius.**

---

1 Wohnung zu vermieth. Gerechtestr. Nr. 105.

---

1 Familienwohnung vermiethet **J. Heymann.**

Zu vermiethen vom 1. Oktober an eine Wohnung von 2 Zimmern mit Küche, Speisekammer, Boden und Keller.

Adolph, Breitestr. Nr. 52.

Verantwortlicher Redakteur Ernst Lambeck — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei von Ernst Lambeck.